

1923

1927



Den verschiedenen Rechtsextremen paramilitärischen Verbänden, vor allem den Heimwehren, steht ab 1923 der sozialdemokratische Republikanische Schutzbund gegenüber. Nach dem Massaker vor dem Justizpalast wird auch der bisher zurückhaltende Schutzbund zu einer paramilitärischen Kampfgruppe umgeformt (unten beim Großaufmarsch in Wiener Neustadt 1928).

Rechtsextremer Terror begleitet die Erste Republik fast von Beginn an. Sein erstes Opfer ist 1923 Franz Birnecker, Betriebsratsvorsitzender und gewerkschaftlicher Vertrauensmann von Semperit Wien (oben links sein Grabmal). Dem Freispruch rechtsextremer „Frontkämpfer“, die im burgenländischen Schattendorf den Tod eines Kindes und eines kriegsinvaliden Schutzbündlers verschuldet haben, folgen in Wien und in einigen Industriezentren spontane, von den Betriebsräten organisierte Protestaktionen (Mitte ganz oben die Demonstration in Wien). In Wien gerät die Situation nach dem Einsatz von Polizeireitern außer Kontrolle, eine Gruppe stürmt den Justizpalast und beginnt, Akten zu vernichten. Das Gebäude fängt Feuer, aber niemand wird dabei getötet. Als der Brand schon gelöscht ist, erhält die Polizei Schießbefehl (Mitte oben Polizisten nach der Bewaffnung), das Ergebnis ist das größte Blutbad in Wien seit der Revolution von 1848: 89 Tote, darunter etliche Passantinnen und Passanten und vier Polizisten, und über 1000 Verwundete sind die Bilanz.

1928

Mit dem Befehl, auf unbewaffnete Demonstrierende ohne Notwendigkeit zu schießen, auch wenn diese aggressive Parolen brüllen und Zerstörungen angerichtet haben, überschreiten Wiens nationalliberaler Polizeipräsident Schober und Bundeskanzler Seipel eine rote Linie. Sie wird auch während des Verkehrsstreiks nach dem Wiener Massaker mit dem erstmaligen Einsatz der rechtsextremen Heimwehren als Streikbrecher im Auftrag von Landesregierungen überschritten. Nicht die Demonstrierenden, die ihr Grundrecht in Anspruch nehmen, sondern die Verantwortlichen in der Regierung verlassen den Boden der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Opposition. Die SDAP-Führung ist geschwächt, weil sie das Massaker nicht verhindern konnte und den erfolgreichen Proteststreik abbricht. Ihr bleibt allerdings wenig Wahl, denn die Alternative wäre der Bürgerkrieg, der sie völlig unvorbereitet treffen würde. Die Schwächung der demokratischen Opposition verschafft den Rechtsextremen mehr Raum. Damit beginnt, wie es Robert A. Kann als neutraler Beobachter später formulieren wird, DAS ABBRÖCKELN DER DEMOKRATIE IN ÖSTERREICH, DAS BALD MIT BESCHLEUNIGTER GESCHWINDIGKEIT ZU IHRER VÖLLIGEN ZERSTÖRUNG FÜHRTE.